

KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist Südostasienwissenschaftlerin an der Universität Bonn.

■ Pressefreiheit? Zutritt verboten!

Die Öffnung der Medienlandschaft erregte internationale Aufmerksamkeit, die Freilassung von Journalisten und die Abschaffung der Zensurbehörde wurden weltweit als Meilensteine empfunden. Unabhängige Journalisten, private Wochen- und Tageszeitungen, Onlinenachrichten sind keine unbekanntes Schlagworte mehr. Trotzdem bleibt die Arbeit von Journalisten riskant. Medienzensur wird, wie im Nachbarstaat Thailand, auf die Zivilgerichte umgelagert, Verleumdungsklagen und die Aussicht auf Geld- und Gefängnisstrafen sollen kritische

Journalisten einschüchtern. Hinzu kommen die harschen Gesetze aus Zeiten der Militärdiktatur, das Notstandsgesetz (1950), das Internetgesetz (2000) und das Elektronische Kommunikations- und Transaktionsgesetz (2004). Diese werden zwar gegenwärtig nicht angewandt, die Möglichkeit dazu bei einem plötzlichen Kurswechsel der Regierung bleibt.

Erstmals seit dem Amtsantritt von Thein Sein wurde wieder eine Journalistin hinter Gitter gebracht. *Ma Khine*, lokale Journalistin des täglich erscheinenden *Eleven Newspaper* wurde

von einem Gericht zu drei Monaten Haft verurteilt. Eine Anwältin verklagte sie wegen Hausfriedensbruchs und Verleumdung – *Ma Khine* hatte sie interviewen wollen. In Yangon demonstrierten Journalisten, der Urteilspruch sei ein großer Schritt zurück für die Meinungs- und Pressefreiheit im Land. Eine freie Arbeit von Journalisten würde damit unmöglich gemacht. Der Urteilspruch erfolgte nur kurze Zeit, nachdem *Eleven Newspaper* einen Artikel über Korruption in der Justiz gedruckt hatte.

Irrawaddy 7.1.2014

■ Tatmadaw: So stark wie nie

Südostasiens Länder sind in jüngster Zeit eifrige Waffenimporteure. Mit den weltneuesten Waffensystemen, besonders im maritimen Bereich, soll dem besitzergreifenden China die Stirn geboten werden. Auch Burma/Myanmar ist keine Ausnahme, das Land gab 2011 und 2012 so viel Geld für Waffenimporte aus wie nie zuvor. Und doch ist die Situation anders, denn China spielt, außer als Waffenlieferant, keine Rolle für die Aufrüstung der *Tatmadaw*, der birmanischen Armee. Dienen die neuesten Waffensysteme der meisten südostasiatischen Länder zumindest vorerst der Abschreckung gegenüber dem übermächtigen

Gegner China, sind sie in Myanmar nicht bloß zur Anschauung gedacht: Mit der sprunghaften Zunahme von Waffenimporten seit dem Antritt der zivilen Regierung unter Thein Sein ist die Zahl der Todesopfer bei Kämpfen im eigenen Land dramatisch gestiegen. Höhepunkte sind die Offensive der *Tatmadaw* gegen die Unabhängigkeitsarmee der Kachin, die im Juni 2011 begann, sowie die seit Juni 2012 entbrannte ethnische Säuberungskampagne gegen die muslimischen *Rohingya*.

Bemühungen von Thein Sein zu Reformen und Demokratisierung stehen in scharfem Kontrast zu den Handlungen des bewaffneten

Armes der Regierung, die Rohstoffe mit militärischen Mitteln akquiriert und durch Landenteignung Raum für Investitionen der aufstrebenden Wirtschaftselite macht.

Der Ausblick auf die Wahlen 2015 und die Handlungsfähigkeit der nächsten zivilen Regierung scheint getrübt. Selbst, wenn es in einem Demokratisierungsprozess auf die Umverteilung von Macht und Reichtum hinausläufe, lässt das Beispiel Kambodscha doch ein anderes Szenario befürchten: Dort wurden die Reformisten letztlich von einem autokratischen System ehemaliger Militärs verdrängt.

New Mandala 11.12.2013

■ Gewalt gegen Frauen in Minderheitengebieten bleibt straflos

Aktivistinnen schlagen Alarm: Auch fast drei Jahre nach dem Antritt von Thein Sein bleibt Vergewaltigung eine grausame Waffe zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung in den kriegsgebeutelten Minderheitengebieten. Die thailandbasierte Women's League of Burma veröffentlichte im Januar alarmierende Zahlen, sie

konnte über 100 Fälle von Vergewaltigung durch Soldaten der birmanischen Armee seit 2010 dokumentieren, die Dunkelziffer liegt jedoch deutlich höher.

Die Offensive der *Tatmadaw* in den Minderheitengebieten geht weiter, und Fälle von Menschenrechtsverletzungen, besonders im Kachin und Shan State, haben ein

alarmierendes Level erreicht. Die Gewalt steht dabei im Zusammenhang mit dem Kampf um Zugriff und Kontrolle der reichen Rohstoffvorkommen in den mehrheitlich von Minderheiten bewohnten Berggebieten.

mmfreedom 16.1.2014